

Giftalarm am Wurststand

Toxische Chemikalien, die sich nicht abbauen, belasten die Umwelt. Und sie gelangen auch ins Essen. Besonders stark betroffen ist die Ostschweiz – doch die Behörden drücken beide Augen zu. Von Georg Humbel

Leibspeise und Kulturgut: Ein Teil des belasteten Fleisches dürfte auch als St. Galler Bratwürste auf dem Grill landen.

Mehr Postkartenidylle geht nicht. Die Eggersrieter Höhe ist eine saftiggrüne Wiese hoch über dem Bodensee. Hier grasen stolze Milchkühe von Schweizer Bauernfamilien. Die Welt scheint noch in Ordnung. Doch wenn die Tiere auf den hügeligen Weiden grasen, essen sie nicht nur gesunde Kräuter. Sie nehmen auch zu hohe Dosen von Umweltgiften (PFAS) auf. Denn der Boden der lieblichen Voralpenlandschaft ist belastet. Die St. Galler Behörden haben hier hundertmal so hohe Werte gemessen wie an normalen Standorten.

Vergangenen Sommer informierten die Ostschweizer gross über das Problem. Besonders besorgniserregend: Die Behörden fanden auch in Rindfleischproben zu hohe Werte des Giftes. «Umweltskandal: Kanton stoppt den Verkauf von Fleisch», hat das «St. Galler Tagblatt» danach gross getitelt. «Kanton St. Gallen stoppt Verkauf von belastetem Fleisch», meldete auch SRF.

Doch die Realität sieht anders aus. Mittlerweile haben die Behörden auf fünfzehn Höfen in Proben zu viel PFAS gemessen. Und von einem Verkaufsstopp kann nicht die Rede sein. Im Gegenteil: Die Höfe, in deren Fleisch eine zu starke Belastung gemessen wurde, lassen weiter Tiere schlachten. Dieses Fleisch kommt via Detailhandel in der ganzen Schweiz auf die Teller.

Wie kann das sein? 2024 hat der Bund für die umstrittenen PFAS Grenzwerte von der EU übernommen und eingeführt. Wenn diese Werte überschritten sind, darf Fleisch nicht mehr in den Verkauf gelangen. Die rechtliche Lage ist klar.

Jürg Daniel ist Leiter des kantonalen Amtes für Verbraucherschutz und Veterinärwesen. «Verkaufsverbote haben wir bisher keine erlassen», bestätigt er Recherchen dieser Zeitung. Der Kanton St. Gallen befindet sich in einer Übergangsphase. In dieser dürfe das Fleisch der betroffenen Höfe noch verkauft werden. «Wir müssen herausfinden, wie wir die neue Gesetz-

gebung praxiskonform, aber pragmatisch umsetzen können», so Jürg Daniel.

Die ganze Schweiz betroffen

St. Gallen versteht sich als Pilotkanton. Gemeinsam mit den Bauern versuchen die Behörden, die PFAS-Belastung zu reduzieren. Die betroffenen Bauern dürfen ihre Kälber und Kühe nicht mehr mit belastetem Quellwasser tränken. Oder sie müssen sauberes Futter von anderen Höfen zukaufen. Das Ziel ist, die PFAS-Konzentration im Fleisch möglichst rasch zu senken.

Ob das reicht, um die Höchstwerte einzuhalten, ist ungewiss. Trotzdem dürfen die Bauern ihre Tiere während dieser Phase zum Metzger bringen – ein hoch umstrittenes Vorgehen.

Das Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen (BLV) kritisiert die Praxis scharf: «Der Bund erachtet das Vorgehen des Kantons St. Gallen als nicht konform mit den Vorgaben des Lebensmittelrechts», so das BLV. Die kantonalen Behörden seien verpflichtet, eidgenössisches Recht umzusetzen. Wenn Grenzwerte überschritten seien, dürfe ein entsprechendes Lebensmittel nicht mehr verkauft und nicht mehr verwendet werden. Hinter den Kulissen laufen die Drähte zwischen Bern und St. Gallen offensichtlich heiss: «Das BLV hat den Kanton mehrfach darauf hingewiesen und einen korrekten Vollzug gefordert.»

Doch dem Bundesamt sind die Hände gebunden. Die Eidgenossenschaft kann gegen einen säumigen Kanton eine Weisung erlassen. «Darüber hinaus hat sie keine rechtliche Handhabe», wie das BLV auf Anfrage schreibt.

Dass sich der Konflikt gerade mit St. Gallen zuspitzt, ist kein Zufall. Im Kanton hat ein ganzer Landstrich von Eggersriet über Goldach bis nach St. Margrethen mit stark belasteten Standorten zu kämpfen. PFAS sind ein sehr hartnäckiges Pro-

blem. Seit den 1950er Jahren hat die Industrie die wasserabweisenden Verbindungen in grossen Mengen eingesetzt. Zum Beispiel für Textilien, beschichtete Kartons oder Löschschaum. Dass das Gift heute im Boden schlummert, dürfte daran liegen, dass die Bauern ihre Weiden mit Klärschlamm gedüngt haben.

Die Behörden sind zurzeit landesweit daran, PFAS zu messen, auch in anderen Kantonen dürfte es böse Überraschungen geben. Denn die Chemikalien sind alles andere als harmlos.

Forscher warnt vor Gefahr

PFAS können die Leber, die Niere und die Schilddrüsenfunktion beeinträchtigen. Der ETH-Umweltchemiker Martin Scheringer ist einer der besten Kenner der Stoffgruppe. Er mahnt: «Bei einigen dieser Verbindungen wie zum Beispiel PFOA ist die krebserregende Wirkung wissenschaftlich gut belegt.» Doch weil das Risiko erst mit jahrelangem Konsum zunehme, werde die Gefahr solcher Stoffe gerne unterschätzt.

Der Forscher sagt, dass es keine wirklich gute Lösung gebe. «Entweder man bringt die Bauern in existenzielle wirtschaftliche Probleme. Oder

man setzt die Bevölkerung diesen gesundheitsschädlichen Substanzen aus», so der Umweltchemiker. Der komplette Schutz vor den gefährlichen Verbindungen – etwa durch das Abtragen der belasteten Böden – dürfte Unsummen verschlingen. Ganze Regionen müssten um ihre traditionelle Landwirtschaft zittern.

Das will der St. Galler Ständerat Benedikt Würth nicht zulassen. «Es geht darum, eine Überregulierung zu verhindern», so der Mitte-Politiker. Kommen Mittwoch diskutiert die kleine Kammer seinen «pragmatischen Lösungsansatz». Würth verlangt unter anderem, dass man zu stark belastete Produkte mit sauberen mischen darf. Durch dieses Vorgehen sollen am Schluss die Grenzwerte im Produkt wieder eingehalten sein. Heute ist das verboten. «Wenn die Milch oder das Fleisch in einen grossen Topf gehen oder einer grossen Verkaufsmenge zugeführt werden, dann sinkt die Belastung», so seine Überlegung.

Der St. Galler Ständerat betont, dass die Belastung mit PFAS sinken müsse. Doch die Reduktion müsse verhältnismässig und schrittweise erfolgen. «Eine sofortige und vollständige Umsetzung ist wirtschaftlich gar nicht machbar.» Würth sagt, dass die Situation für die betroffenen Bauernfamilien extrem schwierig sei. Sie hätten nichts falsch gemacht und seien in Not geraten.

Die Umweltnaturwissenschaftlerin und Zürcher GLP-Ständerätin Tiana Moser ärgert sich. «Die Toxizität dieser Stoffe ist gut belegt. Wir dürfen die Augen nicht länger verschliessen.» Belastete Produkte mit sauberen zu mischen, sei halbpatzig und löse das Problem nicht. Moser fordert vom Bundesrat einen Aktionsplan PFAS. Sie befürchtet, dass die Behörden das Problem nicht grundlegend angehen, sondern aussitzen wollen.

Diese Strategie dürfte nicht aufgehen. Die PFAS-Verbindungen gelten als sogenannte Ewigkeitschemikalien. Sie bauen sich auch über die Jahre hinweg kaum ab. Das giftige Problem wird uns noch lange erhalten bleiben.

15

Betriebe im Kanton St. Gallen verkaufen zu stark belastetes Rindfleisch. Zurzeit laufen in der ganzen Schweiz Tests.